



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

19. Dezember 2017

Mietenexplosion +++ »Hamburgs Grün erhalten« +++ Asyl & Menschenwürde +++ Scholz & Schmidt +++

Liebe Leserinnen und Leser,



Hintergrund: Himz&Kunzt-Obdachlosendemo, 6.12.2017 (M. Joho)

war vor vier Wochen noch die »Schwarze Ampel« aus CDU/CDU, FDP und GRÜNEN im Fokus, geht es inzwischen um das Sondieren einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Entgegen allen vollmundigen Erklärungen schon am Wahlabend wamsen sich die SozialdemokratInnen gerade wieder bei ihrer konservativen Koalitionspartnerin an. So wie es den Anschein hat, wird es offenbar mit einer geduldeten Minderheitsregierung nichts. Schade eigentlich, das wäre mal ein Experiment gewesen, das Bewegung in die parlamentarischen Verhältnisse gebracht hätte. Nun werden wir also voraussichtlich den alten Wein in ähnlich alten Schläuchen vorgesetzt bekommen.

Für Hamburg haben diese Entwicklungen offensichtlich zur Folge, dass Olaf Scholz noch längere Zeit Erster Bürgermeister bleibt. Er hat seinen Zenit überschritten, wie sein schlechtes Wahlergebnis auf dem SPD-Bundesparteitag gezeigt hat. Spannender wird's dadurch in unserer Stadt wohl nicht, denn auch hier wirkt der rötlich-grüne Senat nicht gerade wie ein Innovationszentrum. Joachim Bischoff nimmt die Lage in dieser Ausgabe des »BürgerInnenbriefs« näher unter die Lupe. Und am Beispiel des kürzlich vorgestellten »Mie-

ten spiegels 2017« versuchen wir uns an dem Nachweis, dass die Wohnungspolitik des Senats im Grunde gescheitert ist – die Mieten steigen unaufhörlich, die Wohnungsnot und die Sorgen von immer mehr Menschen um eine leistbare Wohnung nehmen zu.

Was bleibt einem übrig, als die bevorstehenden Feiertage, die Zeit zwischen den Jahren und den Jahreswechsel für eine kleine Besinnungspause zu nutzen?! Wir haben noch eine Bürgerschaftssitzung am 20. Dezember vor uns, danach geht es buchstäblich ans Auf- und Abräumen des verflossenen Jahres. Ablage und Neuplanungen stehen auf der Tagesordnung. Im Kleinen (daheim) wie im Größeren (in der Fraktion). Eine gute Zeit übrigens, uns ein paar Anregungen und kritische Hinweise zukommen zu lassen.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern des »Bürgerbriefes« ein paar schöne Tage und einen guten Rutsch in das neue Jahr, das um so besser wird, je stärker wir – alle – uns einbringen. Wer Lust hat, schaut mal bei unseren »Angeboten« rein.

Herausgeberinnen und Redaktion

Anhaltende Mietenexplosion



Günter Westphal im Münzviertel (Foto: M. Joho)

Am 5. Dezember stellte der Senat den »Mietenspiegel 2017« vor (www.hamburg.de/mietenspiegel/). Die zu erwartende Hauptbotschaft machte schnell die Runde: Von 2015 bis 2017 ist die Durchschnittsmiete in Hamburg erneut, dieses Mal um 5,2%, angestiegen. »Die Mieten steigen trotz Neubaus ungebremst weiter«, stellte der Verein Mieter helfen Mietern (MhM) fest, und der Mieterverein zu Hamburg vermeldete: »Mieten gehen durch die Decke!« So die Überschriften in den jeweiligen Presserklärungen vom 5. Dezember.

Aus der Begründung unserer Anfrage zum neuen Mietenspiegel vom 7.12.2017:

»Hamburgs Wohnungsmarkt weiterhin dynamisch«, mit diesem Euphemismus überschreibt der Senat seine Presseerklärung anlässlich der Vorlage des »Mietenspiegels 2017« am 5. Dezember des Jahres. Schon Ende November 2015, bei der Vorstellung seines Vorgängers, benutzte Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt dieselben Worte. Getoppt worden war diese Formulierung lediglich 2013, als die Senatorin Blankau das inzwischen geflügelte Wort von der »Stagnation der Mietpreissteigerung« prägte. All diese Halbsätze können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es in Hamburg mit einer galoppierenden Mietenentwicklung zu tun haben. Alleine seit 2011, also dem Jahr des Senatsantritts unter Bürgermeister Olaf Scholz, haben sich die Mieten um sage und schreibe 17,0% erhöht, zuletzt, d.h. in den vergangenen zwei Jahren, um »dynamische« 5,2% auf eine Durchschnittsmiete von 8,44 €/qm. Erneut hat die durchschnittliche Mietpreissteigerung in Hamburg die Preisentwicklung deutlich überflügelt. Hunderttausende MieterInnen müssen heute einen erheblich größeren Anteil ihres dadurch sozusagen dynamisierten Haushaltseinkommens aufbringen, um die Mietkosten bestreiten zu können.

Vom Senat beantwortet am 15.12.2017 (Drs. 21/11277, vom 15.12.2017) und demnächst auch in der Parlamentsdokumentation zu finden.

Der Mietenspiegel wird in Hamburg alle zwei Jahre neu erhoben. Er bildet in den verschiedenen Baualtersklassen die ortsübliche Vergleichsmiete ab. Der Mietenspiegel ist für etwa 539.000 der insgesamt 700.000 Mietwohnungen (bei alles in allem 938.000 Wohneinheiten in Hamburg) entscheidend. Nicht mietenspiegelrelevant sind Wohnungen mit Mietpreisbindungen, von EigentümerInnen selbst bewohnte Einheiten und Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Beleuchten wir einige Aspekte genauer, um das Scheitern der Mietpolitik des rot-grünen Senats zu veranschaulichen.

Zwischen 2005 und 2017 ist die **Durchschnittsmiete** in Hamburg um rund 30% (von 6,53 auf 8,44 €/qm, d.h. um 1,91 €/qm) gestiegen, pro Jahr also um 2,5% (= 0,16 €/qm) – so die offiziellen Mietenspiegel-Angaben. Im gleichen Zeitraum betrug die Inflationsrate knapp 17%. Das heißt, dass die Mieten nahezu doppelt so schnell angestiegen sind wie die VerbraucherInnenpreise.

Durchschnittliche Nettokaltmieten in Hamburg 2005-2017			
Mietenspiegel	Prozentuale Erhöhung gegenüber zwei Jahren zuvor	Nominale Erhöhung gegenüber zwei Jahren zuvor	Inflationsrate
2007	4,3%	6,53 €	2006/07: 3,8%
2009	3,6%	6,76 €	2008/09: 2,9%
2011	5,8%	7,15 €	2010/11: 3,2%
2013	5,7%	7,56 €	2012/13: 3,5%
2015	6,1%	8,02 €	2014/15: 1,2%
2017	5,2%	8,44 €	2016/17: 2,2%
2005-2017	30,7%	1,91 €	2006-2017: 16,8%

Zahlen aus den jeweiligen Mietenspiegeln. Inflationsraten laut Angaben unter: www.finanz-tools.de/inflation/inflationsraten-deutschland.

Doch die Realität für viele Menschen ist noch erheblich bitterer, denn die Neuvertragsmieten sind zwischen 2006 und 2017

im Durchschnitt sogar um rund 50% angestiegen, nämlich von 8,61 auf 12,68 €/qm – so das Ergebnis der alljährlichen Erhebungen des Gymnasiums Ohmoor mit Stand vom April 2017 (www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung/50-prozentiger-anstieg-der-neuvertragsmieten-seit-2006-schueler-des-gymnasiums-ohmoor-stellen-untersuchung-zum-wohnungsmarkt-2017-vor-/index.html). Und der Anteil der Neuvertragsmieten machte laut Angaben der Stadtentwicklungsbehörde auf der Mietenspiegel-Pressekonferenz am 5. Dezember rund 43% aus!

Da die Wohnkosten in den letzten Jahren deutlich stärker angestiegen sind als die allgemeinen Lebenshaltungskosten, verschieben sich auch die **Anteile im Haushaltsportemonnaie**. Je weniger Einkommen vorhanden ist, desto schwerer wiegen die Wohnkosten. Wir hatten im letzten »BürgerInnenbrief« schon von einem zentralen Ergebnis einer neuen Studie der Hans-Böckler-Stiftung über die »Wohnverhältnisse in Deutschland« berichtet. Danach müssen Haushalte mit weniger als 60% des mittleren Einkommens mittlerweile fast 40% für ihre Bruttokaltmiete aufbringen, in Hamburg sogar 46%. Haushalte mit mehr als 140% des Durchschnittseinkommens müssen dagegen nur rund 17% für die Bruttokaltmiete einkalkulieren (www.boeckler.de/110842_110855.htm und www.boeckler.de/pdf_fof/99313.pdf, S. 73).

Und noch ein wichtiger Faktor kommt hinzu, allem Gerede von der großartigen Neubauleistung in Hamburg zum Trotz. **Bezahlbare Wohnungen** nehmen hier nämlich spürbar ab. 2016 standen beispielsweise 1.945 fertiggestellte Sozialwohnungen 4.731 ausgelaufenen Sozialbindungen gegenüber. Zahl und Anteil der Wohnungen im 1. Förderweg schmelzen rapide, zuletzt von 98.409 im Jahr 2013 auf 80.495 im Jahr 2016 (Drs. 21/780 vom 14.7.2015).

Ähnlich die Entwicklung auf dem »freien Wohnungsmarkt«, also dem Teil der nichtgebundenen Wohnungen, die in den Mietenspiegel eingehen. Laut o.a. Senatsantwort auf unsere Kleine Anfrage (Drs. 21/11277 vom 15.12.2017) haben sich in Hamburg die Wohneinheiten mit einer Nettokaltmiete unter 6 €/qm von 32,7% (2011) auf 11,5% (2017) innerhalb von gerade mal sechs Jahren um nahezu zwei Drittel reduziert. Auch die Nettomietenklasse unter 6,50 €/qm ist von 44,5% (2011) auf 22,7% (2017) um genau die Hälfte gesunken. Immerhin, die Nettomieten unter 8,50 €/qm (das entspricht der Einstiegsmiete im 2. Förderweg) sind »lediglich« von 75,8% (2011) auf 67,8% (2017) zurückgegangen. Vor allem für Haushalte mit geringem und eben auch nicht sonderlich gewachsenem Einkommen stellt sich die Lage dramatischer denn je dar, das günstige Mietpreissegment bricht in Riesenschritten weg.

Dazu im absurden Gegensatz steht der Umstand, dass der **Anteil der Förderberechtigten** für einen §5-Schein von ca. 50% (2007) auf 36% (2016) gesunken ist. Und dies nicht wegen stark gestiegener Einkommen, sondern durch den Senatstrick, die Einkommensgrenzen seit gut zehn Jahren nicht mehr angemessen anzuheben. Und so kommen immer weniger in den Besitz eines §5-Scheines, obwohl der Bedarf unter den GeringverdienerInnen stetig wächst. Wobei auf ca. 300.000 Berech-

tigte sowieso nur gut 80.000 Sozialwohnungen kommen, also ein eklatanter Mangel herrscht.

Nicht nur, dass die Stadt seit etlichen Jahren viel zu wenige Sozialwohnungen baut und damit wesentlich verantwortlich ist für den Mangel an bezahlbaren Wohnungen, es kommt noch hinzu, dass ausgerechnet die **SAGA GWG** den Kurs der überdurchschnittlichen Mietpreissteigerungen mitträgt. So ist laut Senatsantwort (Drs. 21/11277) der Bestand ungebundener Wohneinheiten bei diesem städtischen Unternehmen von 95.967 Wohnungen (per 31.12.2014) auf 104.293 (am 8.12.2017) angewachsen. Alleine im Jahre 2016 haben nach dieser Quelle 62.190 Haushalte (= 60,3%) eine Mieterhöhung von 0,22 €/qm (= 3,5%) bekommen. Die SAGA fährt den fatalen Kurs, binnen überschaubarer Fristen Wohnungen, die aus der Mietpreisbindung herausgefallen sind, nach und nach an den Mittelwert »des jeweils einschlägigen Rasterfelds des aktuellen Mietenspiegels« heranzuführen. Um das zu erreichen, steigen die Mieten in den bindungsfrei gewordenen und dann wie zufällig alsbald modernisierten Wohnungen gerade in den ersten Jahren z.T. im zweistelligen Bereich an.

Zuguterletzt noch einige Sätze zu einem Argument, das in der öffentlichen Auseinandersetzung von VertreterInnen des rot-grünen Senats, allen voran der Stadtentwicklungssenatorin Dr. Stapelfeldt, gebetsmühlenartig wiederholt wird. Auf der Landespressekonferenz am 5. Dezember meinte sie, dass gerade die **hohen Neubauzahlen** insgesamt die Mietpreisentwicklung in Bälde senken würden. Diese Aussage folgt der naheliegenden, von vielen geteilten Überlegung, dass mehr Wohnungen mehr Angebot schaffen und damit, wenigstens auf Dauer, den Markt entlasten. Doch weit gefehlt. Denn einerseits reichen die Neubauzahlen kaum, um den angewachsenen Mangel und das städtische Wachstum von jährlich z.T. weit mehr als 10.000 BewohnerInnen abzu-



Wohl wahr ... - und draußen leben, va. im Winter, auch (M. Joho)

decken. Andererseits sind gerade die neu errichteten Mietwohnungen nicht unter 10, 12 Euro je Quadratmeter zu haben, nicht selten führen die hohen Baukosten auf bis zu 16, 18 Euro Mietzins je Quadratmeter. 10.000 Neubauwohnungen sollen es ab 2017 jährlich werden, abzüglich der anvisierten 3.000 öffentlich geförderten Wohnungen kommen vorerst bis zu 7.000 frei finanzierte Wohnungen dazu, deren Erstmieten allesamt beträchtlich über der ortsüblichen Vergleichsmiete bzw. den mittleren Sätzen im jeweiligen Mietenspiegel-Rasterfeld liegen. Diese neuen und besonders teuren Wohnungen werden eine zunehmend größere Rolle bei den Erhebungen

in den jeweiligen Mietenspiegeln spielen. Was bedeutet, dass absehbar die zehntausenden neuen Wohnungen die hamburgischen Durchschnittsmieten weiter nach oben treiben werden.

In den nächsten Ausgaben des »BürgerInnenbriefs« wird es um die neben dem Mietenspiegel veränderten Grundlagen für das Wohnlagenverzeichnis und unseren am 20. Dezember in der Hamburgischen Bürgerschaft eingebrachten Antrag zur Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Erlangung eines §-5-Scheines gehen.

»Hamburgs Grün erhalten«

Heike Sudmann über eine wichtige und spannende Debatte, die endlich geführt wird



Hamburger »Grün« (Foto: Michael Joho)

»Hamburgs Grün erhalten« will der Naturschutzbund (NABU) Hamburg mit seiner neuen, am 1. Dezember angemeldeten Volksinitiative (Informationen sind hier zu finden: <https://hamburg.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/stadtentwicklung/gruen-erhalten/index.html/>). Unterschreiben bis zum 1. Juni 2018 mindestens 10.000 HamburgerInnen die Forderung, den Anteil des Grüns (Parks, Kleingärten, Wälder usw.) an der Gesamtfläche Hamburgs im gegenwärtigen Umfang zu erhalten, muss sich die Bürgerschaft mit dem Ansinnen beschäftigen. Kommt sie zu keiner Einigung mit der Initiative, sind ein Volksbegehren und später auch ein Volksentscheid möglich.

Mit dieser Volksinitiative wird die vom Senat lange umgangene Diskussion um den Ausgleich zwischen berechtigten Interessen erzwungen: Hamburg braucht neue und bezahlbare Wohnungen, braucht Platz für Schienen, Schulen und Kitas. Aber Hamburg braucht auch Grünflächen, Frischluftschneisen und Rückzugsorte für Mensch, Tier und Pflanzenwelt.

Umso bedauerlicher ist es, dass der Senat erneut durch eine Volksinitiative gezwungen werden muss, eine für die Zukunft Hamburgs so wichtige Debatte mit den BürgerInnen zu führen. Ob auf diesem Weg eine sozial wie ökologisch nach-

haltige Stadtentwicklung ermöglicht wird oder nicht, das ist eine spannende Debatte mit hoffentlich vielen neuen Anregungen und Beteiligungsmöglichkeiten. Dass DIE LINKE sich weiterhin aktiv und konstruktiv einbringt, ist keine Frage. Doch auch für uns ist die Debatte teilweise wie ein Spagat, streiten wir doch für mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum in der Stadt und gleichzeitig für ein grünes Hamburg, mit gut verteiltem Grün und Naherholungsgebieten in allen Stadtteilen.

Schnell kommt der Vorwurf, wer diese Volksinitiative unterstütze, sei gegen Wohnungsbau. Interessanterweise kommt der Vorwurf auch von Rot-Grün, die sich sonst gerne auf die Fahnen schreiben, sie würden Hamburgs Grün erhalten und schützen.

Wie sich jetzt herausstellte, hat der Senat jedoch noch nicht mal belastbare Zahlen zu der Entwicklung der Grünflächen in Hamburg. »Die Zeit« Hamburg hat – mit großer Empörung gegenüber dem NABU – die Zahlen der Volksinitiative teilweise auseinandergenommen. Der NABU musste zerknirscht eingestehen, dass er die Schwächen der von unterschiedlichen städtischen Behörden gelieferten Daten nicht komplett erkannt hat (siehe die Stellungnahme des NABU zur

Datenbasis unter <https://hamburg.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/stadtentwicklung/gruen-erhalten/23642.html>).

Doch das Problem ist aus meiner Sicht viel tiefergehend: Weshalb ist der rot-grüne Senat nicht in der Lage, konkrete und belastbare Zahlen über die Entwicklung bzw. das Verhältnis von bebauten und unbebauten Flächen in Hamburg zu liefern? Worauf stützt der Senat eigentlich seine Planung für den Wohnungsbau, für den Naturschutz? Um das herauszufinden bzw. öffentlich zu machen, habe ich eine Anfrage an den Senat gerichtet, dessen Antwort nach Weihnachten auch in der Parlamentsdatenbank zu finden sein wird ([http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokumentnummer/1-Drucksachenummer 21/11386](http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokumentnummer/1-Drucksachenummer%2021/11386)).

Seit langer Zeit weise ich in allen Diskussionen zur Stadtentwicklung darauf hin, dass eine Möglichkeit, bereits versiegelte Flächen für den Wohnungsbau zu nutzen, bisher komplett ausgeblendet wird. Zihunderttausende Autos stehen jeden Tag ungenutzt bis zu 23 Stunden im öffentlichen Raum. In Zeiten, in denen so oft von der Verkehrswende, von neuen Mobilitätsformen und dem Verzicht auf den eigenen Pkw gesprochen wird, ist auch dieses Potenzial an Wohnungsbaufächen endlich zu untersuchen.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Eine gute und wichtige, von fast 100 TeilnehmerInnen unterstützte Aktion führte das Obdachlosenmagazin »Hinz&Kunzt« am 6. Dezember durch (siehe auch das Foto auf S. 1 dieses BürgerInnenbriefs). Aufmerksam gemacht werden sollte auf das unzulängliche Winternotprogramm, das die Obdachlosen allmorgendlich gegen 9.30 Uhr ohne Not aus den Unterkünften verweist, bis sie abends dann wieder Zutritt haben. Dazu passt eine **Online-Petition**

des Hinz&Kunzt-Verkäufers Jörg, der erreichen will, dass das **Winternotprogramm auch tagsüber und für alle Obdachlosen geöffnet** wird. Hier gibt's Infos und die Möglichkeit zu unterzeichnen: <http://change.org/Winternotprogramm>. Denn wie sagt Donald Shoup, Distinguished Professor für Städteplanung (UCLA, Los Angeles): »In unseren Städten sind die Wohnungen teuer und die Parkplätze billig bis gratis. Darum gibt es auch obdachlose Menschen, aber keine ›obdachlosen‹ Autos. Wir haben unsere Prioritäten verkehrt herum gesetzt.«

Wieder einmal stellt das gewerkschaftsnahe **Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI)** ein interessantes **Material** für den schnellen Überblick bereit. Der »Policy Brief« Nr. 16 vom November 2017 liefert auf fünf Seiten eine von Eric Seils und Jutta Höhne erstellte Kurzauswertung aktueller Daten von Eurostat zum Thema **Relative Einkommensarmut und realer Mangel**. Beleuchtet werden u.a. Armutsgefährdungsquoten in Deutschland, Belastungen durch bestimmte Erscheinungen der Benachteiligung (Zahlungsrückstände, keine Möglichkeit, sich ein Auto zu leisten, Lärm, Feuchtigkeit in den Wohnungen usw.) sowie der Zusammenhang von »Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Umgebung nach Verstärkerungsgrad«. Das Papier findet sich hier: www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_16_2017.pdf.

Zu den alljährlich von der LINKEN gezeißelten Armutspolitik von Energieversorgern, mittelbar der Stadt, gehört das Abschalten des Stroms. 10.950 **Stromsperren** gab es 2016, im ersten Halbjahr 2017 waren es bereits mehr als 5.200. »Bundesweit«, so heißt es in einer Pressemitteilung der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, »sind Energie- und Mietschulden in mehr als 18 Prozent der Fälle Auslöser eines Wohnungsverlusts«. Hintergrundinformationen vermittelt eine Kleine Anfrage der Fraktion (Drs. 21/10670 vom 20.10.2017).



Peter Gutzeit, seit Jahrzehnten aktiv als kritischer Liedermacher, hat jetzt mit seiner **Gruppe Gutzeit** eine **neue CD** herausgebracht, die – ein wenig ironisch – den Titel »Gute Zeiten« trägt. Zu hören sind darauf u.a. die Stücke »Anames Flucht aus Lampedusa«, »G20 geh!«, »Der Bezirksabgeordnete« und der schon fast legendäre, aber nichtsdestoweniger kritische Ohrwurm **Das leer stehende Haus am Schulterblatt**. Reinhören lässt sich hier: www.gruppegutzeit.de.

Immer neue Informationen über den **Einsatz der Polizei während des G20-Gipfels** kommen zutage, immer mehr lautstark verkündete »Wahrheiten« von Olaf Scholz & Co geraten ins Wanken. Mensch möge sich nur mal die große Anzahl an **Anfragen von Christiane Schneider** in der Parlamentsdatenbank anschauen, um sich einen (von den Medien weitgehend verschwiegenen) Eindruck zu verschaffen: www.buergerschaft-hh.de/parldok/. Und wer es lieber filmisch aufbereitet schätzt, könnte sich einen dieser **drei Streifen im Netz** anschauen: »People vs. G20« (www.youtube.com/watch?v=oL6t-QIMQx_o). Dazu: »Der Gipfel – Performing G20« (www.der-gipfel.hamburg/index.html). Und oben drauf: »Stimmen aus dem Off« (www.youtube.com/watch?v=21W3TjGDwpQ).



Zu den Institutionen, die in den letzten Jahren immer mal von sich hören lassen, wenn es um den Abriss von altherwürdigen oder architekturgeschichtlich relevanten Gebäuden geht, gehört der **Denkmalverein Hamburg**. »Als bürgerschaftlich organisiertes und damit politisches unabhängiges Organ ist er seit 1982 aktiv«, so lesen wir im Flyer dieses Vereins. Der Denkmalverein hat sich in den vergangenen Monaten besonders stark gemacht für den Erhalt der City-Hochhäuser und der Schilleroper, führt regelmäßig kompetente Baudenkmäler-Führungen durch und unterstützt aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen die »Restaurierung vom Verfall bedrohter Objekte«. Es lohnt sich, auf die entsprechende Website zu gehen: www.denkmalverein.de.

Dank verschiedener Vereine, Initiativen und nicht zuletzt Geschichtswerkstätten sind in den letzten zwei Jahrzehnten die Kenntnisse und Verbundenheit mit den Stadtteilen angewachsen. Ein schönes Beispiel bietet **noch bis zum 12. Januar 2018** die **Ausstellung Der »Lange Jammer« in Barmbek**. Die Barmbeker Geschichtswerkstatt dokumentiert einmal mehr, **Was Häuser erzählen können**. In diesem Falle geht es um einen Gebäudekomplex an der Hebebrandstraße 8, der mit seinen Vor- und Hinterhofgärten seit fast 120 Jahren existiert. Es handelt sich dabei um den ältesten noch erhaltenen dörflichen Mietshaustyp in Barmbek. Mehr unter www.geschichtswerkstatt-barmbek.de/aktuelles.html.

Noch bis zum 20. Januar präsentiert die Galerie Renate Kammer (Münzplatz 11) die Schätze des Stadtteilrecken **Günter Westphal**. Vor 15 Jahren, im Gefolge eines Festes im Münzviertel, entschloss er sich, seine Energien in dieses kleine, aber höchst engagierte Gemeinwesen zu stecken. In diesen anderthalb Jahrzehnten hat sich eine Menge Material aller Art angesammelt, und das stellt der auch künstlerisch aktive Zeitgenosse nun der Öffentlichkeit in Form eines **Münzviertel-Archivs** vor. Weitere Infos über dieses Projekt unter www.muenzviertel.de/blog/?p=5069.



Um **Positionen für eine bewohnbare Stadt** geht es auf einer Veranstaltung von verschiedenen St.-Pauli- und Wilhelmsburger Gruppen am **Mittwoch, den 20. Dezember**, um 19.00 Uhr im »Kolibri« (Hein-Köllisch-Platz 12). Vor dem Hintergrund einer Recherche im Frankfurter Gallusviertel behandelt der an dem Abend gezeigte Film »Gallus beyond Gallus« die sozialen und politischen Kämpfe in der Stadt. Es geht um Kräfteverhältnisse, Initiativen und Organisationsformen. Die FilmemacherInnen sind zugegen.

Unter Federführung des Mietervereins zu Hamburg hat sich vor einigen Monaten die Initiative **Genossenschaft von unten Hamburg** nach analog benanntem Berliner Vorbild gegründet. Bei dem Zusammenschluss von Mitgliedern verschiedener Genossenschaften geht es um Forderungen wie »echte Mitbestimmung und Transparenz«,

»Unabhängigkeit zwischen den Gremien« und »Vernetzung der Mitglieder«. Am **Donnerstag, den 11. Januar**, 17.50 Uhr, gibt es in den Mieterevereins-Räumen (Beim Strohhause 20) ein nächstes Zusammentreffen. Das Thema des Abends: **Für demokratische Mitbestimmung in Genossenschaften!**

Die hinsichtlich ihrer Veranstaltungen besonders quirlige Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, bekannter unter Galerie Morgenland (Sillestraße 79), stellt das erste Quartal 2018 unter das Motto **Ein Stadtteil in Bewegung(en)**. Es geht um »Gentrifizierung, Kinderbetreuung, Initiativen, Migration«. Eröffnet wird die kleine Reihe am **Dienstag, den 16. Januar**, 19.30 Uhr, mit der Ausstellung »Zeitsprung«. Gezeigt werden Fotos aus Hamburg und Eimsbüttel aus den 1970/80er Jahren im Vergleich zu heute. Diese Ausstellung kann bis zum 14. Februar besichtigt werden. Der Fotograf Hans-Ole Kuschmann und die Redakteurin Marlies Kuschmann berichten dann am Donnerstag, den 25. Januar, 19.30 Uhr, über ihre »Zeitreise in Bildern« und vergleichende Fotobände. Das Gesamtprogramm gibt es unter www.galerie-morgenland.de.

Schon einmal vormerken können sich alle entsprechend Interessierten **Samstag, den 17. Februar**. Von 10.30 bis 19.00 Uhr lädt an diesem Tag das **Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte** zu seiner dritten großen Tagung ins Bürgerhaus Bornheide (Bornheide 76) ein. **Nur mit uns 3.0** lautet das Motto, und dieses Mal soll vor allem die Zusammenarbeit der Beiräte mit den städtischen Verwaltungsgremien diskutiert werden. Dazu werden eine Reihe von Gästen aus den Bezirken erwartet, u.a. die Altonaer Bezirksamtsleiterin Dr. Liane Melzer. Die Tagung findet in Zusammenhang mit der Borner Runde statt, die wiederum das 50jährige Bestehen des Osdorfer Borns begeht. Mehr unter www.stadtteilbeiraete-hamburg.de. Und hier ein Blick ins Programm:



PROGRAMM

AB 10.30 UHR

Ankommen und Morgenkaffee, Besichtigung der **Ausstellung**:
Nur mit uns. Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte
Musikalischer Auftakt: Gypsy Moments

11 UHR

Tagungsbeginn und Begrüßung durch die Veranstalterkooperation
Grußwort durch Bezirksamtsleiterin **Dr. Liane Melzer**
Einführung in die Veranstaltung

11.30 UHR

3 IMPULSREFERATE:
Einflussnahme und erlebte Grenzen in der Stadtteilbeiratsarbeit

- ▶ **Karin Schmalriede**, Lawaetz-Stiftung, Hamburg
- ▶ **Thomas Helfen**, Stadtkümmerei GmbH, Gesellschaft für Integrierte Stadtentwicklung Berlin
- ▶ **Dr. Michael Freitag**, Bürgerbeteiligungskordinator im Bezirksamt Eimsbüttel

12.30 UHR

Kurzvorstellung der Arbeitsgruppen
anschließend
Mittagessen und Möglichkeit der weiteren **Ausstellungsbesichtigung**
Catering durch das Bürgerhaus-Café OsBorn

13.30 UHR

START DER ARBEITSGRUPPEN:

- 1. Gruppe Stadtteilbeiratspraxis**
Einladende Beiratsformen: Wie bleiben wir offen? Wie können wir Leute halten und neue aus versch. Gruppen und Kulturen dazugewinnen?
- 2. Gruppe Verstetigung**
Stadtteilbeiräte in der Verstetigung:
Welche Erfahrungen gibt es?

3. Gruppe Erfolge

Erfolge von Stadtteilbeiratsarbeit:
Welche gibt es und wodurch werden sie bewirkt?

4. Gruppe Öffentliche Belange

Stadtteilbeiräte als Träger Öffentlicher Belange:
Wie frühzeitig sollten sie gehört werden?

5. Gruppe Absicherung

Auf dem Weg zur strukturellen Absicherung der Beiräte:
Was sind die nächsten Schritte?

6. Gruppe Öffentlichkeitsarbeit

Öffentliche Wahrnehmung der Beiräte:
Wie finden wir Gehör? Wie werden wir bekannt?

15 UHR

Ende der Arbeitsgruppen und kurze **Kaffeepause**

15.15 UHR

Auswertung der Arbeitsgruppen und **Diskussion**

16 UHR

PODIUMSRUNDE:
Mitgestaltung und Entscheidungen im Stadtteil. NUR MIT UNS.

Die Gäste

Karin Siebeck, Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)
Johannes Gerdemann, Baudezernent Altona
Eric Laugell, Sozialdezernent Wandsbek
Dr. Jan Freitag, Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses Hamburg-Nord
Barbara Petersen, Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte
Frank Lundbeck, Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte

Moderation

Anette Quast, TOLLERORT

17.30 UHR

Abend-Imbiss und gemeinsamer **Ausklang**

19 UHR

Ende der Veranstaltung

Menschenwürde – täglich relativiert

Surya Stülpe über das Asylbewerberleistungsgesetz und seine Folgen



Flüchtling in Hamburg, Januar 2017 (pxhere, CCO)

Materiell bedürftige AsylbewerberInnen erhalten in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthalts oder während einer Duldung Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Dieses 1993 geschaffene Sondergesetz für Geflüchtete sieht Leistungen deutlich unter dem Hartz-IV-Satz vor, ein Großteil wird zudem als Sachleistungen erbracht.

Im Jahr 2012 urteilte das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil zum AsylbLG, »die in Art.1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren«. Das AsylbLG verletze das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, weil die Leistungen unzureichend und die Höhe der Leistungen nicht nachvollziehbar errechnet seien. Als Folge dieses Urteils wurden die Sätze erhöht. Eine erwachsene alleinstehende Person erhält nun monatlich 359 Euro, Familienangehörige und Kinder entsprechend weniger. Leistungen des physischen Existenzminimums – Wohnen, Schlafen, Essen, Kleidung – werden in vielen Einrichtungen als Sachleistungen gestellt. Der Satz reduziert sich also (z.B. für Menschen, die in Hamburger Erstaufnahmen leben) auf monatlich 143 Euro »soziokulturelles Existenzminimum«, das in bar ausgezahlt wird.

Doch damit nicht genug: Laut § 1a des AsylbLG können Ausländerbehörden mit Leistungskürzungen bestrafen. Allein in Hamburg sind von diesen Sanktionen 618 Personen (Stand: 31. Oktober 2017) betroffen.

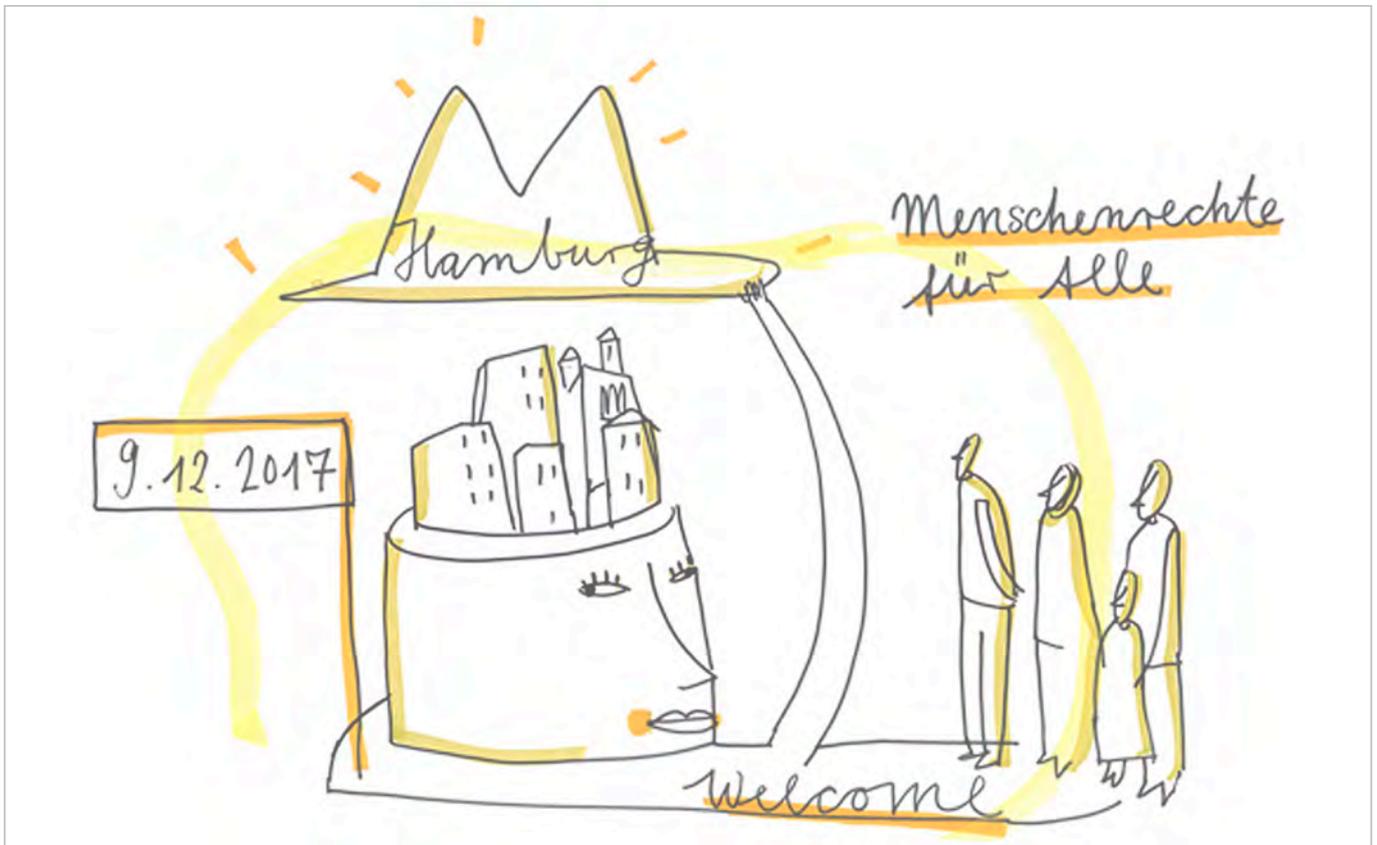
Wenn die Ausländerbehörde annimmt, dass Menschen eingereist sind, um Leistungen zu erhalten, dann wird auf das

»im Einzelfall unabweisbar Gebotene«, d.h. auf 95 Euro, reduziert. Wenn Menschen selbst zu »verschulden« haben, dass sie nicht abgeschoben werden können, z.B. weil sie nicht mitwirken bei der Passbeschaffung o.ä., dann wird selbst das physische Existenzminimum angetastet und es gibt nur noch Leistungen zur Deckung des Bedarfs an Ernährung, Unterkunft, Heizung und Körper- sowie Gesundheitspflege. Ausgezahlt werden dann z.B. für BewohnerInnen von Erstaufnahmen nur noch 14,74 Euro pro Monat für Körper- und Gesundheitspflege. Sogar über Zuteilungen aus den Kleiderkammern kann dann die Sachbearbeiterin der Ausländerbehörde gesondert entscheiden.

DIE LINKE kritisiert das AsylbLG seit ihrer Existenz als ein rassistisches Sondergesetz. Die Linksfraktion im Bundestag hat schon mehrere Initiativen zur Abschaffung dieses Gesetzes gestartet. Weil es sich um ein Bundesgesetz handelt, sind die Möglichkeiten der Landespolitik allerdings sehr beschränkt. Immerhin können Landesregierungen über Anwendungshinweise für die Behörden Einfluss nehmen. Die Anwendungshinweise aus der Hamburger Innenbehörde halten zu einer repressiven Gesetzesauslegung an, z.B. wird im Falle von Sanktionen die Beweislast den Betroffenen aufgebürdet. In Bremen ist dagegen die Behörde in der Pflicht, Beweise vorzubringen. In Schleswig-Holstein hat die alte SPD-geführten Landesregierung sogar angeordnet, den § 1a AsylbLG nicht anzuwenden, da er mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unvereinbar sei.

Menschenrechte für Alle!

Ein Rückblick auf die Veranstaltung von »Stadt des Ankommens« am 9. Dezember



Zeichnung: Elke Ehninger

Unter der Parole » Menschenrechte für Alle!« kamen am 9. Dezember rund 150 Menschen in der St. Georger Dreieinigkeitskirche zusammen. Eingeladen hatte dazu das seit zwei Jahren in größeren Abständen mit Veranstaltungen hervortretende (Personen-)Bündnis Stadt des Ankommens. Dieses Mal sollte es am Vorabend des Internationalen Tages der Menschenrechte um die Situation von Geflüchteten und Obdachlosen in Hamburg gehen, also zwei Gruppen, deren Menschenrechte vielfach missachtet werden.

Auch wenn das Abendprogramm mit fast vier Stunden in einer auf 17 Grad nicht gerade überheizten Kirche den Gästen allerhand abverlangte, war doch die inhaltliche Ausrichtung bemerkenswert. Nach den Einleitungsbeiträgen u.a. von Sarah Rödiger, der Hamburger Landeschefin von Amnesty International, wurde in drei Interviewgruppen der Stand des »Rechts auf Ankommen« (Sanctuary Cities/Solidarity Cities), des »Rechts auf Wohnen« sowie des »Rechts auf (Menschen-)Rechte in der Stadt« thematisiert. Den Anfang machten dabei internationale Gäste aus Brighton (Richard Williams), Südkalifornien (Nancy Meyer-Adams) und Barcelona (Dirk Gebhardt). Jeweils im Anschluss präsentierten etwa 15 VertreterInnen von Solidaritätsgruppen und Selbsthilfeorganisationen, was sie in unserer Stadt (und darüber hinaus) leisten. So kamen u.a. Engagierte von Seawatch, Lampedusa in Hamburg, Hamburg hat Platz!, Bündnis Hamburger Flüchtlings-

initiativen, Hinz&Kunzt, Caritasverband, NINA FraueN IN Aktion, Sasedi Wilhelmsburg, Arrivati Park, Migrar/Ver.di, Medibüro und Kirchenasyl zu Wort. Eine beeindruckende Palette von Menschen und Initiativen, die allen Meinungen gegenüber, in Hamburg habe die Solidarität mit den Geflüchteten und Obdachlosen nachgelassen, das Gegenteil bewiesen. Den internationalen Charakter der Veranstaltung bezeugten nicht nur die Gäste und GesprächsteilnehmerInnen, auch die Lieder des Stadtteilchores Drachengold sorgten für kulturelle Impulse.

Zwei Beiträge seien exemplarisch hervorgehoben: Zunächst der Vortrag des unabhängigen Flüchtlings- und Migrationsberaters Richard Williams. Seine Ausführungen drehten sich um die Sanctuary Cities in Großbritannien am Beispiel Brightons. »Im Kern der britischen »City of Sanctuary«-Bewegung steht das Ziel, eine Kultur zu fördern, in der Menschen, die Schutz in den Städten und Dörfern suchen, sich willkommen fühlen. Das lockere Netzwerk von 100 unabhängigen Gruppen von Freiwilligen verbindet Flüchtlinge und Asylsuchende in vielfältiger Weise mit ihren Gemeinden.« Als Vorsitzender von »Sanctuary on Sea« Brighton und Hove veranschaulichte er dies u.a. durch die Arbeit in Sportvereinen.

Als zweites und zum Abschluss sei Elke Ehninger genannt, die mit ihrem »grafischen Protokoll« der Veranstaltung erneut ein bleibendes und beeindruckendes Dokument geliefert hat.

Aus Olaf Scholz wird kein Helmut Schmidt

... und aus André Trepoll kein Ole von Beust, erklärt Joachim Bischoff



Enthüllungssaktion am Helmut-Schmidt-Flughafen, 10.11.2016 (dpa)

CDU-Fraktionschef André Trepoll sieht den Hamburger Bürgermeister im Abwärtstrend. Seine Abwanderung auf die Bundesebene hat Scholz selbst ausgeschlossen und das miserable Ergebnis bei der Wiederwahl als stellvertretender Bundesvorsitzender (unter 60%) ist ja auch keine Wahlempfehlung. Aber auch für Hamburg sieht Trepoll den Wechsel: »Klar ist: aus Scholz wird kein Helmut Schmidt.« Scholz »möchte ... von seinen Fehlern in sieben Jahren hier im Senat ablenken, die ja nun immer deutlicher werden.« Vor allem während des G20-Gipfels, aber auch beim Verkehr und bei den Straftaten. Und im Bildungsbereich kämpften mittlerweile drei Volksinitiativen gegen die Politik des Senats.

Fest steht aber auch: Trepoll bleibt weit unter dem Format des früheren Bürgermeisters Ole von Beust. Die langjährige Intrigenpolitik hat dazu geführt, dass die CDU nur noch wenig mit der früheren liberalen Großstadtpartei zu tun hat. Von Beust wusste: »Die konkrete Wahrheit einer Großstadt ist oft anders als die Antworten der CDU.« Die Hamburger CDU steht mehrheitlich neben der Lebenswirklichkeit der Menschen. Aus Angst davor, ihren konservativen Kern zu verraten, werde in der Partei »vieles nicht gemacht, obwohl manche hinter vorgehaltener Hand sagen, eigentlich wäre es vernünftig«. Trepoll selbst behauptet, »dass ich versuche, Veränderungen und Strömungen aufzunehmen, und dass ich bereit bin, unter Beibehaltung meiner Werte Strukturen und Symbole zu ändern, anstatt krampfhaft daran festzuhalten«.

Die CDU, die bei der letzten Bürgerschaftswahl (im Februar 2015) nur noch 15,9% der Stimmen holen konnte, hat sich mit

der AfD im konservativ-rechten Spektrum eingerichtet und setzt vor allem auf die Themen innere Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Klientelpolitik.

Trotz der thematischen und personellen Enge verkündet die Parteispitze: »Unser Ziel ist, die rot-grüne Mehrheit zu durchbrechen und 2020 wieder zurück in die Regierungsverantwortung zu kommen. Wir sind inhaltlich und personell gut aufgestellt und setzen den Senat mit unseren Aktivitäten ordentlich unter Druck.«

Von diesem Druck ist in der Öffentlichkeit wenig zu spüren. Dabei bietet die Sozialdemokratie auch in Hamburg keineswegs ein überzeugendes Bild. Angefangen von der krachenden Niederlage bei der Olympia-Bewerbung über die politische Handwerkelei bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms bis hin zu den ungelösten Problemen bei der Wohnungsversorgung und dem öffentlichen Personenverkehr: Die SPD ist weithin konzeptionslos und von einem vernünftigen Regieren kann keine Rede sein.

Es strömen zwar viele BürgerInnen in die Freie und Hansestadt, aber hinter dem Bevölkerungszuwachs bleiben die öffentliche Infrastruktur und die öffentlichen Dienste zurück. Die aufgrund der aktuell guten Wirtschaftslage hohen Steuereinnahmen sind erfreulich, schaffen im Prinzip auch Spielraum für Lösungen, aber weil sie - durch Gesetz festgelegt - lediglich die Konjunkturrücklage erhöhen und damit für schlechte Zeiten zurückgelegt werden, erleben die BürgerInnen einen schleichenden Abbau der öffentlichen Dienste. Doch die schlechten Zeiten werden irgendwann zurückkom-

men. Bedeutsamer ist, dass infolge der anhaltenden Sparpolitik die Fehlentwicklungen bei der Ausstattung mit Infrastruktur und öffentlichem Personal immer krasser werden. Außerdem reichen die Überschüsse im Kernhaushalt nicht als Notfallfonds, weil sie vom Schuldendienst für die HSH Nordbank aufgefressen werden.

Der Hamburgische Rechnungshof hat dem amtierenden rot-grünen Senat in seinem »Monitoring Schuldenbremse 2017« erneut eine miserable Leistung attestiert. Er argumentiert, dass entgegen dem oft von Rot-Grün erweckten Eindruck die Zeit der Schuldenmacherei keineswegs vorbei sei, Hamburgs Schulden vielmehr weiter stiegen. Sie betrogen, bezieht man auch die Extrahaushalte und Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ein, an denen die Stadt beteiligt ist, Ende 2016 mehr als 41 Mrd. Euro. Zwar sind 2016 die Schulden des Kernhaushalts (ohne Kassenverstärkungskredite) im Vergleich zum Vorjahr (23.224 Mio. Euro) um rund 200 Mio. Euro gesunken, die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts (Vorjahr 30.882 Mio. Euro) und in der Folge die des öffentlichen Bereichs (Vorjahr 38.783 Mio. Euro) aber um rund 2,5 Mrd. Euro gestiegen. Hauptgrund hierfür sind die notwendigen Kreditaufnahmen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank AG.

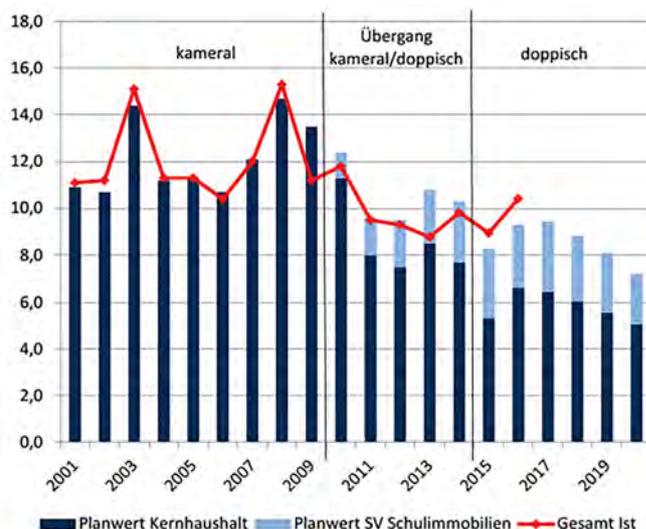
Die linke Opposition, aber auch der Rechnungshof, haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass die aufgrund der Haushaltskonsolidierungspolitik der letzten Jahrzehnte fehlenden Investitionen in die städtische Infrastruktur (siehe Abbildung 1) zu einem massiven Vermögensverlust geführt haben. Marode Straßen, Schulen etc. waren der bittere Preis für das »ordentliche Regieren«.

In seinem aktuellen »Monitoring Schuldenbremse 2017« kommt der Rechnungshof zu dem Ergebnis, dass zwar die Investitionsquote leicht erhöht wurde, aber von einer nachhaltigen Politik der Substanzerhaltung und -verbesserung keine Rede sein kann. So waren die Investitionen bis 2012 in Planung und Ist deutlich rückläufig. Die in den folgenden Jahren erhöhten Plan-Werte wurden im Ist zunächst nicht realisiert. Erst seit 2015 liegen die Ist-Werte über den Plan-Werten und zeigen eine vorsichtig steigende Tendenz. Allerdings plant Rot-Grün über den Finanzplanungszeitraum schon wieder mit rückläufigen Investitionen. Und: Bei den Bauinvestitionen hat sich der Nachholbedarf nochmals erhöht. Für die Gesamtheit der Bauten des Infrastrukturvermögens ist nach wie vor keine Trendwende zu erkennen.

Haupthebel der Sparpolitik: Personal

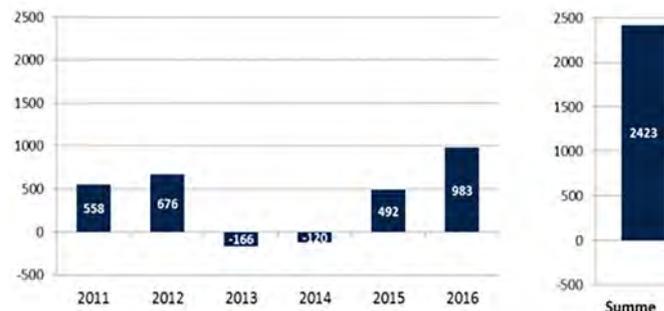
Für den Kernbereich der Verwaltung galt bisher ein Einsparziel von 250 Vollzeitkräften pro Jahr als Orientierungsgröße »und sollte die gesamtstädtische Verständigung auf wirtschaftliches und sparsames Handeln zum Ausdruck bringen«. Dieses Ziel ist in den vergangenen Jahren nie erreicht worden. So musste etwa bei den Bezirksämtern »nachgebessert« werden. Dazu haben auch wachsende Bedarfe im Bereich der Flüchtlingsunterbringung beigetragen. Gefordert wird gleichwohl, dass die Bezirke bis 2020 Stellen in der Größenordnung von 230 Vollzeitäquivalenten abbauen.

Abbildung 1: Investitionsquote Hamburg in % 2001-2019



Quelle: Bürgerschaftsdrucksache 20/9380 vom 24.9.2015 sowie Haushaltsplanungen und Haushaltsrechnungen

Abbildung 2: Bestandsveränderung von Vollzeitkräften (VK) 2011 bis 2016



Quelle: Bürgerschaftsdrucksache 20/10829 vom 18.2.2014, Anlage 1, Zentrales VK-Controlling und Personalbericht 2017 (Bürgerschaftsdrucksache 21/10200 vom 29.8.2017, S. 14)

Bei der Entwicklung von Personalbestand und -kosten muss man jetzt festhalten, dass die weitere Verschlingung des Staates nicht mehr funktioniert. Der Senat muss sich von dem Ziel, 250 Vollzeitkräfte pro Jahr einzusparen, verabschieden. »Der Senat war mit seiner Strategie, jährlich 250 Vollkräfte (VK) einzusparen, bisher nicht erfolgreich. Der Personalbestand ist insbesondere durch die Definition von Schonbereichen von 2011 bis 2014 im Saldo um 948 VK angestiegen, obwohl in den Nicht-Schonbereichen ein Personalabbau erfolgte.« (Siehe Abbildung 2)

Unterschieden wurden dabei Bereiche, die VK einsparen mussten (»direkte Steuerung«), und Bereiche, in denen ein VK-Zuwachs zulässig war (»gesonderte Steuerung«). Ende 2015 umfasste der Bereich der gesonderten Steuerung über 56% des gesamten Personalbestands in VK.

Mit der Vorlage des Doppelhaushalts 2017/2018 hat der Senat für die Kernverwaltung eine endgültige Kehrtwende vollzogen und Handlungsfelder definiert, in denen ein moderater Personalaufbau zulässig ist. Folge: »Eine aussagekräftige

Zeitreihe der Entwicklung in den Einsparbereichen und den »Schonbereichen« lässt sich nicht mehr herstellen.« Faktisch ist aber die unsinnige Spar- und Sanierungsstrategie weiter politische Richtschnur.

So sind seit 2011 im Saldo 2.423 VK aufgebaut worden. Der Aufbau erfolgte unter dem Druck der Öffentlichkeit und unabweisbarer Bedarfe auch in Bereichen, die nicht als Bereiche der »gesonderten Steuerung« oder als Handlungsfelder ausgewiesen waren bzw. sind. Die unzureichende Personalausstattung z.B. der Bezirksverwaltungen, Einwohnerzentralämter und des Landesbetriebs Verkehr waren politisch nicht länger vermittelbar.

Risikofaktor HSH Nordbank

Das größte Risiko für die Landesfinanzen stellt die HSH Nordbank dar. »In welcher Höhe die FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) letztlich für die Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der HSH Nordbank AG eintreten muss, wird sich erst nach dem Verkauf bzw. der Abwicklung der Bank ergeben. Gleichwohl verdichten sich die Anzeichen dafür, dass Belastungen in Milliardenhöhe auf die FHH zukommen werden. In der Ergebnisrechnung hat die FHH schon hohe Rückstellungen gebildet. Diese Rückstellungen sind jedoch nicht ausfinanziert und haben sich insoweit noch nicht auf die Schuldenbremse ausgewirkt. Insofern stellen die aufgezeigten Garantien und Gewährträgerhaftungen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank AG das größte Risiko für die FHH dar.«

Also: Beim Schuldenaufbau ist noch längst nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. So sichert Hamburg (gemeinsam mit Schleswig-Holstein) über Garantien und Gewährträgerhaftungen Verbindlichkeiten der HSH Nordbank AG, der hsh finanzfonds AöR und der hsh portfoliomanagement AöR. Der Anteil für Hamburg beträgt dabei bezogen auf den 31. Dezember 2016 rund acht Mrd. Euro. (Siehe Tabelle 1)

Tabelle 1: Gewährträgerhaftung und Garantie in Mio. Euro

HSH Nordbank AG	1.278	Gewährträgerhaftung
HSH Nordbank AG	1.278	Gewährträgerhaftung
hsh finanzfonds AöR	1.496	Gewährträgerhaftung
hsh portfoliomanagement AöR	1.313	Gewährträgerhaftung
Sunrise-Garantie	3.866	Garantie
Gesamtsumme	7.953	

Quelle: Geschäftsberichte und Angaben der Finanzbehörde auf den 31.12.2016

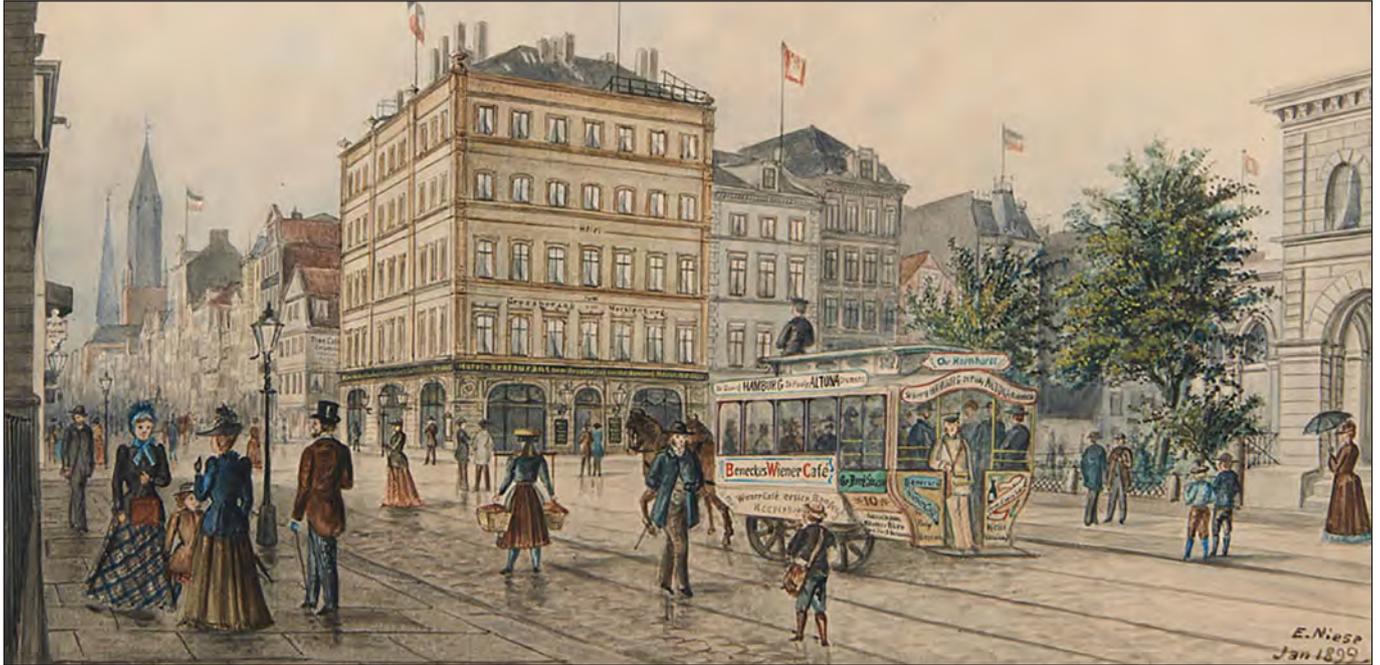
Hamburg wird Kredite in Milliardenhöhe aufnehmen müssen. Dies wird zwar vermutlich im Konzern stattfinden, der Schuldendienst muss jedoch im Kernhaushalt erwirtschaftet werden und wird dort den Gestaltungsspielraum erheblich einschränken. Im Klartext: Schon heute ist der Niedergang der Hansestadt in Sachen Infrastruktur und Dienstleistungsangebot programmiert.

Rot-Grün hält an der Politik der Haushaltskonsolidierung fest, gibt aber dem öffentlichen Druck auch aufgrund der guten Konjunktur- und Haushaltslage an einigen Stellen nach und hat z.B. seine Politik des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst modifiziert. Es handelt sich dabei um ein eher planloses Reagieren auf unhaltbare Zustände. Für die großen Strukturprobleme (Verschuldung, marode Infrastruktur, massiver Mangel an bezahlbaren Wohnungen, unzureichende öffentliche Dienstleistungen, die verschiedenen Facetten sozialer Spaltung, Wirtschaftsstruktur) der Stadt hat der Senat keine Lösungen parat, sucht darüber nicht einmal die öffentliche Debatte.



Könnte klamm werden: Hamburg auf einem Portugaleser von 1679 (Numismatic Collection, National Museum of American History/wikimedia)

Kultur Tipp: Ansichten einer Stadt um 1900



Eduard Niese, Ecke Steinstraße/Schweinemarkt, 1899, Aquarell (MHG)

Zwischen den Jahren wird's hoffentlich für nicht wenige eine kleine Pause geben. Zeit also, mal wieder in ein Museum zu gehen. Die im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3) bis zum 5. Mai 2018 (200. Geburtstag von Karl Marx) zu sehende **Ausstellung** zu Marx' Hauptwerk **Das Kapital** (Ersterscheinung 1867 bei Otto Meissner in Hamburg) haben wir ja schon empfohlen. Im Rahmen dieser Ausstellung wird am **8. Januar ab 19.00 Uhr Thomas Kuczynski** im Gespräch mit **Joachim Bischoff** die soeben bei VSA: erschienene **Neue Textausgabe** des Ersten Bands des »Kapital« vorstellen.

Nur noch bis zum 21. Januar Zeit bleibt für eine andere, einfach schöne **Ausstellung** mit dem Titel **Alt-Hamburg – Ecke Neustadt. Ansichten einer Stadt um 1900**. Zu sehen ist sie im Museum für Hamburgische Geschichte (MHG, Holstenwall 24). Präsentiert werden »bisher selten gezeigte Zeichnungen, Aquarelle, Pastelle und Künstlerdrucke, deren vielfältige Motive dem Betrachter eine Vorstellung vom Erscheinungsbild Hamburgs in der Zeit zwischen 1850 und 1913 vermitteln«. Die hier zu sammelnden Eindrücke unterscheiden sich diametral von der heutigen Metropole Hamburg. Damals wirkte die Stadt noch – trotz aller Betriebsamkeit im Hafen – wie ein verschlafener Flecken mit Resten der alten Wallanlagen, engen Gässchen, Fachwerkhäusern. Bis zum Ersten Weltkrieg wurde die Stadt dann zu einem Industriezentrum, mit breiten Straßen und Einkaufspalästen ins-

besondere an der Mönckebergstraße. Die anrührenden, detailreichen und bisweilen auch humorigen Ansichten sind in neun Stadtpaziergänge aufgeteilt, die den BesucherInnen die damalige Innenstadt kleinteilig nahebringen. Hier und da werden den historischen Perspektiven moderne gegenübergestellt. Neben den Zeichnungen vor weit über 100 Jahren stehen die Fotografien der Gegenwart und machen einem den Verlust von Heimeligkeit, aber auch den Gewinn von Bewegtheit und Moderne bewusst.

Bereits vor dem Ausstellungsbesuch lässt sich mittels eines digitalen Spaziergangs die Vorfreude steigern: Ein Online-Dossier des MHG enthält zahlreiche kurze Texte und etliche Bilder, und zwar hier: <https://alt.hamburgmuseum.de/>.

Jeden Sonntag findet von 15 bis 16 Uhr eine Führung durch die Ausstellung statt. Direkt danach starten Stadtpaziergänge auf den Spuren der Zeichnungen, Treffpunkt ist um 16 Uhr im Museumsfoyer. Geöffnet ist das Haus dienstags bis samstags von 10 bis 17 Uhr und sonntags von 10 bis 18 Uhr (ab 1. Januar 2018 montags und mittwochs bis freitags 10 bis 17 Uhr, samstags und sonntags 10 bis 18 Uhr). Am 24. und 25. Dezember ist das MHG geschlossen, ebenso an Silvester und Neujahr. Die Eintrittspreise betragen 9,50 € für EinzelbesucherInnen, 7 € für GruppenbesucherInnen ab zehn Personen und 6 € ermäßigt, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Eintritt.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.